

# Ukrainische Vertriebene müssen raus aus der Inaktivitätsfalle

Die Kriegsflüchtlinge sind in der niedrigen Grundversorgung festgefroren. Die Hürden für eine berufliche Karriere sind viel zu hoch. Sie brauchen endlich langfristige Perspektiven in Österreich.

Judith Kohlenberger

Integration“, erzählt mir eine ukrainische Bekannte, die nach Wien geflüchtet ist, sei „wie eine zweite Pubertät“. Man werde mit vielen Veränderungen konfrontiert, von der Sprache bis zur Mentalität, dadurch wandle sich die eigene Identität. Die berufliche sowieso, aber auch innerfamiliäre Rollen und soziale Beziehungen. Und das geht, ähnlich wie in der Pubertät, nur selten ohne Emotionen und Reibung mit dem Gegenüber ab.

So gesehen ist wenig überraschend, was derzeit bei unseren deutschen Nachbarn abläuft. Da wird über eine Kürzung des Bürgergelds für ukrainische Vertriebene diskutiert, ein Job-Turbo gezündet, um ihre Integration in den Arbeitsmarkt voranzutreiben, und mancher CDU-Politiker schlägt gar die Abschiebung in sichere Regionen in der Westukraine vor, sollte der gewünschte Erfolg ausbleiben. Zwar wurde das vom politischen Mitbewerber rasch als „populistischer Unsinn“ enttarnt, dennoch ist frappant, wie stark die bundesdeutsche Debatte und jene in der Alpenrepublik auseinanderklaffen.

Denn hierzulande werden Ukrainerinnen, trotz ähnlich schleppender Erwerbsaufnahme, als Vorzeigeflüchtlinge stilisiert und gegen andere Gruppen ausgespielt. So geschehen bei der Präsentation des Integrationsberichts durch Integrationsministerin Susanne Raab (ÖVP), die betonte, wie niedrig die Arbeitslosenquote ukrainischer Vertriebener verglichen mit jener von Asylberechtigten, etwa aus Syrien, sei. Das belege die Relevanz kultureller Nähe und eines ähnlichen Wertesystems, so Raab, und dass Integration möglich sei, wo ein Wille vorhanden sei.

## Statistische Unschärfen

Bei näherer Betrachtung zeigen sich jedoch statistische Unschärfen. Während sich Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte beim AMS als arbeitssuchend melden müssen, um Zugang zur Mindestsicherung zu erhalten, trifft das auf ukrainische Vertriebene nicht zu. Für die Dauer ihres temporären Aufenthalts in Österreich, geregelt durch die EU-Massenzustromrichtlinie, sind sie in der niedrigeren Grundversorgung festgefroren – ein Umstand, der schon lange von Hilfsorganisation, aber auch dem AMS kritisiert wird. Denn weil die Arbeitslosenmeldung für ukrainische Vertriebene freiwillig ist, ma-



Foto: APA / Georg Hochmuth

Gedenken an den Überfall Russlands auf die Ukraine: Wie ergeht es den Kriegsvertriebenen in Österreich?

chen sie nur wenige. Manche erkennen den Mehrwert nicht, andere wiederum haben Sorge, in Jobs gedrängt zu werden, die nicht ihren Wünschen und Fähigkeiten entsprechen. Das hat Auswirkungen auf die Arbeitslosenquote, für deren Berechnung man eben nur auf jene Personen zurückgreifen kann, die auch tatsächlich als arbeitssuchend gemeldet sind.

Der statistische Trick sorgte für Erstaunen in der ukrainischen Com-

munity, denn dort zeigt man sich schon lange unzufrieden mit den mageren Erwerbsperspektiven hierzulande. Zwar war den meisten bewusst, dass es wohl schwierig werden würde, an die berufliche Karriere im Heimatland anzuschließen, aber mit den vielen Hürden hierzulande hatten die wenigsten gerechnet. Das reicht von hochbürokratischen Abläufen bei mangelnder Digitalisierung über Qualität und Verfügbarkeit von Deutsch(inten-

siv)kursen bis hin zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, fehlenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten und niedrigen Zuverdienstgrenzen. Sind Ukrainerinnen erwerbstätig, so arbeiten sie meist unter ihrem Qualifikationsniveau.

## Offenkundiger Bedarf

Abhilfe schaffen zielgruppengerechte Angebote wie der Professional Integration Hub der Erste Stif-

tung. Das Stipendienprogramm vermittelt bezahlte Praktikumsplätze bei österreichischen Unternehmen, in Verbindung mit Intensivsprachkursen sowie Möglichkeiten zur Vernetzung und beruflichen Weiterentwicklung. Im ersten Durchgang des Programms überstieg die Zahl der qualifizierten Bewerberinnen jene der verfügbaren Plätze um ein Vielfaches.

Der Bedarf ist also offenkundig, die Praktikumsangebote aber verhalten, die Übernahmen in Fixanstellungen gering. Neben fehlenden Deutschkenntnissen wirkt auch der temporäre Schutztitel abschreckend auf Arbeitgeber, denn die Einstellungskosten für Mitarbeiter, die womöglich bald wieder das Land verlassen, sind hoch. Umso wichtiger ist nun, da viele Vertriebene auf absehbare Zeit in Österreich bleiben wollen (und müssen), ein dauerhafter Aufenthaltstitel. Dafür vorgesehen ist die „Rot-Weiß-Rot-Karte plus“, deren Vergabe jedoch an Kriterien geknüpft ist, die die Mehrheit der Ukrainerinnen (noch) nicht erfüllt. Ihnen bleibt nur die Verlängerung des temporären Schutzes bis März 2026, wie von der EU vorgesehen. Und damit weiterhin die Grundversorgung ohne verpflichtende Meldung als arbeitssuchend.

## Unter Druck

In Wien hat man nun darauf reagiert. Seit Mitte Juli müssen Vertriebene als Voraussetzung für das Beziehen der Grundversorgung eine AMS-Meldung vorlegen. Bis dato betrifft das nur Neuzugänge, eine Ausweitung steht im Raum. Hilfsorganisationen kritisieren die Regelung als rechtswidrig, sie setze Menschen unter Druck. Vor allem aber bleibt das Grundübel, weil Bundesmaterie, davon unberührt: Die Grundversorgung ist auf Dauer nicht das passende System für rasche und nachhaltige Integration, sondern eine Inaktivitätsfalle.

Manch ein Leser, eine Leserin mag sich erinnern, dass die Pubertät nicht nur von Veränderungen geprägt ist, sondern auch von einem fast unbändigen Willens- und Schaffungsdrang. Diesen für junge, hochqualifizierte Frauen durch systemische Mängel zu drohseln ist fatal.

JUDITH KOHLENBERGER ist Migrationsforscherin an der WU Wien. Ihr jüngstes Buch „Gegen die neue Härte“ ist im Juni 2024 bei dtv erschienen.

PAUL LENDVAI

## Britische Lehrstunden für österreichische Politiker



Vor- und Nachwahlzeiten in einer Demokratie spiegeln die politische Kultur des Landes. Der sogenannte Erdrutschsieg der Labour-Partei in

Großbritannien am 4. Juli wurde dank des Mehrheitswahlrechts bekanntlich nur durch ein Drittel der Wählerstimmen errungen. Trotzdem wird dieses Ergebnis laut Umfragen von den meisten Konservativen und Liberalen als Auftrag für „einen radikalen Neustart“ akzeptiert.

Darüber hinaus charakterisierte der abtretende Finanzminister Jeremy Hunt den neuen Premier Keir Starmer

und seine eigene Nachfolgerin Rachel Reeves als „anständige Menschen und überzeugte Staatsdiener“. Nach der feierlichen Vorlesung des Labour-Regierungsprogramms durch König Charles III. sah man Starmer und seinen Vorgänger Rishi Sunak im Parlament miteinander „plaudernd und lächelnd, wie zwei Kollegen nach einem Urlaub“. So der *Financial Times*-Kolumnist Simon Kuper in einem Loblied auf das britische System: „Mehr als drei Jahrhunderte ohne Katastrophen, Bürgerkriege oder Revolutionen.“ Und welch ein Unterschied zu den von Hass und Intoleranz geprägten Wahlkampagnen in Frankreich oder den USA.

Auch in Österreich gab es nach 1945 eine lange Zeit der Dialog-

bereitschaft auf allen Ebenen. Der langjährige Generalsekretär der ÖVP, Hermann Withalm (1912–2003), von den Gegnern gefürchtet und von den Anhängern bejubelt, stellte in seinen Memoiren (1973) fest, „... dass mich gerade mit jenen politischen Gegnern, mit denen ich die heftigsten Auseinandersetzungen hatte, heute die ungetrübtesten menschlichen Beziehungen verbinden“. Das Wichtigste sei „die Toleranz, der Versuch, den anderen zu verstehen, das Miteinander-Reden“. Dieses Prinzip galt auch in den 13 Jahren der Kreisky-Ära trotz der absoluten SPÖ-Mehrheit.

Der Aufstieg der FPÖ unter Haider/Strache/Kickl als Rechtsaußen-Partei und die Päckelei der ÖVP mit ihr, zuerst unter Wolf-

gang Schlüssel geschickt gemangelt, dann unter dem Politschaulspieler Sebastian Kurz aus dem Ruder gelaufen, haben die Perioden der folgenschweren faulen Kompromisse eröffnet.

Die Unfähigkeit der SPÖ-Vorsitzenden nach Franz Vranitzky hatte die Rechtsschwenkung mitgeprägt.

Ein trauriges Beispiel für den Niedergang der politischen Kultur ist zum Beispiel die im großen STANDARD-Interview (27./28. Juli) bekundete Haltung der EU- und Verfassungsministerin Karoline Edtstadler. Sie gilt als die fähigste und ehrgeizigste Politikerin der Volkspartei.

Abgesehen von der plakativen und irrealen Forderung nach der Revision der Genfer Flüchtlings-

konvention und der Verniedlichung der innenpolitischen Folgen eines FPÖ-Bundeskanzlers ist die Gleichsetzung Leonore Gewessler und Herbert Kickls als disqualifizierte künftige Regierungspartner ebenso beunruhigend wie die von ihr mitgetragene Blockade der Justizreform. Dazu kommt noch ihre zwiespältige Haltung zum korruptesten EU-Staat Ungarn. Sie verteidigte Viktor Orbán „als solchen“ zwar nicht, aber zählt den Kumpel Wladimir Putins zu den „verbindenden Kräften“ in der EU. Kürzlich wies sie sogar „das Diktat aus Brüssel“ zurück.

All das als Empfehlung für den Posten der EU-Kommissarin oder gar für den des ÖVP-Vorsitzenden?